

2 × Nein zu den Agrar-Initiativen

Der Kantonalvorstand des BGV empfiehlt einstimmig die Nein-Parole zu den beiden Agrar-Initiativen, die am 23. September zur Abstimmung gelangen.

Mi. Freiland Eier statt Eier aus Massentierhaltung. Salat vom Markt statt importierte Ware aus spanischen Gewächshäusern. Tönt eigentlich alles sehr gut auf den ersten Blick. Doch was steckt dahinter? Die **Fair-Food-Initiative** der Grünen will grundsätzlich, dass Lebens- und Futtermittel zwingend aus naturnaher und tierfreundlicher Landwirtschaft mit fairen Arbeitsbedingungen kommen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll der Bund sicherstellen, dass höhere Anforderungen für die Produktion und Verarbeitung der Lebensmittel festgelegt werden und nur jene Produkte importiert werden, die diesen höheren Anforderungen entsprechen.

Neue Planwirtschaft in der Landwirtschaft

Die ebenfalls zur Abstimmung gelangende **«Volksinitiative für Ernährungssouveränität»** ist von der Bauerngewerkschaft «Uniterre» lanciert worden. Sie fordert ebenfalls einen hohen ökologischen Standard, geht aber noch viel weiter. So soll mithilfe eines starken staatlichen Einflusses die bestehende Schweizer Landwirtschaft umgebaut, die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft staatlich überwacht, eine staatliche Versorgung überwiegend einheimischer Futter- und Lebensmittel durchgesetzt und zugleich eine nachhaltige Landwirtschaft gefördert werden. Eine staatliche Preis- und Mengensteuerung soll dazu beitragen, die hohen Ziele zu erreichen. Sollten ausländische Lebensmittel- und Futterproduzenten nicht den festgelegten höheren Anforderungen entsprechen, werden auf deren Produkte Importverbote verhängt und Schutzzölle eingeführt.

Die Forderungen der beiden Initiativen kommen aus der gleichen Küche. Die extreme Initiative für die Ernährungssouveräni-

tät geht in Richtung staatlicher Planwirtschaft. Aber auch die Fair-Food Initiative will dem Bürger vorschreiben, was er auf den Teller bekommt. Durch staatliche Verbote und Produktionsvorschriften sowie die damit verbundenen erschwerten Importbedingungen können nicht mehr alle möglichen Produkte in die Schweiz eingeführt werden. Ein kleiner Italienischer Bauer, der beispielsweise ein Delikates-

«In einer liberalen Gesellschaftsordnung sollen die Konsumentinnen und Konsumenten selbst bestimmen können, was für Produkte sie kaufen möchten»

sen-Balsamico produziert, wird es sich nicht leisten können, die Schweizer Standards zu übernehmen und seinen gesamten Betrieb dafür umzukrempeln. Für ihn lohnt es sich viel mehr, einfach nicht mehr in die

Schweiz zu liefern, als sich an die höheren Anforderungen anzupassen. Folglich werden wir seine Spezialität nicht mehr in Schweizer Läden antreffen. In einer liberalen Gesellschaftsordnung sollen die Konsumentinnen und Konsumenten selbst bestimmen können, was für Produkte sie kaufen möchten, und nicht die grünen Initianten.

Freiwillige Umsetzung ist erfolgreicher

Dass die eingangs erwähnten Beispiele (und viele mehr in diese Richtung gehenden Bestrebungen) auf freiwilliger Basis umgesetzt werden sollen, ist dagegen richtig. Dazu will der Bundesrat in Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft die freiwilligen Bestrebungen zur Ressourcenschonung stärken und weiterentwickeln. Das sind nicht nur leere Worthülsen. Der Umsatz mit Fair-Trade-Produkten hat sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt. Und dies ganz ohne unnötigen Zwang! All diese Massnahmen und Fortschritte der letzten Jahre würden mit der Fair-Food-Initiative und der Initiative «für Ernährungssouveränität» zerstört werden.



Alle sind sich einig: Freiland Eier statt Eier aus Massentierhaltung – aber ohne Zwang.

